Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8352**

14. Wahlperiode 26. 02. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Blank, Peter Letzgus, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4934 –

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Omnibusunternehmen erhalten und sichern

A. Problem

Die Antragsteller zielen mit ihrem Antrag darauf ab, dass der Deutsche Bundestag u. a. die Bundesregierung auffordern soll, wegen des akuten Handlungsbedarfs für das mittelständische Transportgewerbe und den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sofort die ökologische Steuerreform aufzuheben, gemäß der Richtlinie 92/81/EWG Verbrauchsteuerermäßigung oder Verbrauchsteuerbefreiungen sowie die Mineralölsteuerbefreiung für den ÖPNV einzuführen, die deutschen Busunternehmen im internationalen Bustouristikverkehr und im Busfernlinienverkehr steuerlich zu entlasten, die finanziellen Grundlagen für den ÖPNV in der Fläche und in den Ballungsräumen langfristig sicherzustellen und keine weiteren zusätzlichen steuerlichen oder sonstigen finanziellen Belastungen für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Omnibus einzuführen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung aufgefordert werden, im Rahmen der EU-Erweiterung und insbesondere unter Berücksichtigung des Beitritts osteuropäischer Staaten zur EU für Übergangsfristen zu sorgen, dafür zu sorgen, dass die neue ÖPNV-Verordnung der EU so gefasst wird, dass die zuständige ÖPNV-Behörde unabhängig von den Interessen eines Verkehrsunternehmens agieren und einen fairen Wettbewerb garantieren kann sowie Maßnahmen zu ergreifen, die einen ruinösen reinen Preiswettbewerb vermeiden und Veröffentlichungspflichten und Transparenz gewährleisten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4934 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/4934.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/4934 abzulehnen.

Berlin, den 20. Februar 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Hans-Günter Bruckmann**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Hans-Günter Bruckmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/4934 in seiner 149. Sitzung am 8. Februar 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Antragsteller fordern mit ihrem Antrag den Deutschen Bundestag auf, u. a. festzustellen, dass der Bus das Rückgrat im öffentlichen Personenverkehr sei, aber die drastischen Preissteigerungen bei den Kraftstoffen verbunden mit den ersten beiden Stufen der Ökosteuer zu erheblichen Belastungen der deutschen Tourismuswirtschaft und einer Schwächung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit geführt habe und sich gegenwärtig die Rahmenbedingungen für das deutsche Omnibusgewerbe erheblich verschlechtert haben. Darüber hinaus soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, wegen des akuten Handlungsbedarfs für das mittelständische Transportgewerbe und den ÖPNV sofort die mit dem Gesetz vom 24. März 1999 eingeführte und mit dem dem Gesetz vom 16. Dezember 1999 fortgeführte ökologische Steuerreform aufzuheben, gemäß der Richtlinie 92/81/EWG Verbrauchsteuerermäßigung oder Verbrauchsteuerbefreiungen sowie die Mineralölsteuerbefreiung für den ÖPNV einzuführen, die deutschen Busunternehmen im internationalen Bustouristikverkehr und im Busfernlinienverkehr steuerlich zu entlasten, die finanziellen Grundlagen für den ÖPNV in der Fläche und in den Ballungsräumen langfristig sicherzustellen und keine weiteren zusätzlichen steuerlichen oder sonstigen finanziellen Belastungen für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Omnibus einzuführen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung aufgefordert werden, im Rahmen der EU-Erweiterung und insbesondere unter Berücksichtigung des Beitritts osteuropäischer Staaten zur EU für Übergangsfristen zu sorgen, die neue ÖPNV-Verordnung der EU so zu fassen, dass die zuständige ÖPNV-Behörde unabhängig von den Interessen eines Verkehrsunternehmens agieren und einen fairen Wettbewerb garantieren kann sowie Maßnahmen zu ergreifen, die einen ruinösen reinen Preiswettberwerb vermeiden und Veröffentlichungspflichten und Transparenz gewährleisten kann.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 92. Sitzung am 28. März 2001 die Vorlage auf Drucksache 14/4934 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 73. Sitzung am 20. Februar 2002 die Vorlage auf Drucksache 14/4934 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 118. Sitzung am 20. Februar 2002 die Vorlage auf Drucksache 14/4934 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4934 in seiner 64. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 63. Sitzung am 20. Juni 2001 die Vorlage auf Drucksache 14/4934 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 65. Sitzung am 14. März 2001 die Vorlage auf Drucksache 14/4934 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PDS.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 14/4934 in seiner Sitzung am 28. März 2001 beraten und empfiehlt deren Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4934.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, auch aus ihrer Sicht müsse die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Busunternehmen weiterhin gewahrt bleiben. Es sei aber festzustellen, dass die Busunternehmen im Bereich des ÖPNV und die privaten Busunternehmen gut organisiert seien und zukunftsfähige Kostenstrukturen hätten. Die Bundesregierung habe zur Unterstützung der Verkehrswirtschaft im Mai 2000 ein Eckpunktepapier beschlossen, das eine Qualitätsoffensive zur Steigerung der Akzeptanz des ÖPNV sowie die Schaffung eines fairen Ordnungsrahmens und die Forderung nach einer ausreichenden Alimentierung beinhalte. Zusätzlich habe

die Unternehmenssteuerreform die mittelständischen Unternehmen wesentlich entlastet und auch andere Maßnahmen zur Förderung des Mittelstandes seien in Angriff genommen worden. Durch gesetzgeberisches Handeln seien viele Forderungen des Antrags bereits erledigt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte zu ihrem Antrag auf Drucksache 14/4934 aus, die große Zahl der Arbeitsplätze in deutschen Omnibusunternehmen dürfe nicht gefährdet werden. Es müsse alles dafür getan werden, dass die deutschen Busunternehmen gestärkt würden. Ihr Antrag stamme zwar aus dem Jahr 2000, zu dieser Zeit habe es erst zwei Stufen der Ökosteuer gegeben. In der Zwischenzeit seien die Belastungen gestiegen. Auch die angekündigten steuerlichen Erleichterungen für den Mittelstand griffen jetzt noch nicht, sondern frühestens im Jahr 2005.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, dass die Position der Fraktion der CDU/CSU bereits bei der Einbringung des Antrags überholt gewesen sei. Man halte es nach wie vor für richtig, den gesamten öffentlichen Nahverkehr zur Hälfte von der Ökosteuer zu befreien. Jeder weitere Erhöhungsschritt der Ökosteuer bringe einen weiteren relativen Preisvorteil für den ÖPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, also auch für den Linienbus. Der Bundesregierung sei es bisher gelungen, die Bundesmittel für den öffentlichen Verkehr auf sehr hohem Niveau zu verstetigen und sogar zu erhöhen.

Die **Fraktion der FDP** meinte, dass für die privaten deutschen Busunternehmen die Situation in den vergangen vier Jahren schlechter geworden sei. Mit der Ökosteuer habe die Bundesregierung in jedem Fall dafür gesorgt, dass der ÖPNV für den Bürger teurer geworden sei. Festzustellen sei auch, dass es durch die im Busgewerbe maßgeblichen Tarife zu erheblichen Unterschieden zwischen den Wettbewerbsbedingungen für die öffentlichen und privaten Busunternehmen komme.

Die **Fraktion der PDS** erklärte, dass der Antrag der Fraktion der CDU/CSU einige richtige Gesichtspunkte enthalte, insgesamt aber eine sehr einseitige Position einnehme.

Berlin, den 20. Februar 2002

Hans-Günter Bruckmann
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333